



Rundbrief

des Landespräventionsrates

Niedersachsen

Nr.

90

Sept. 2024

Kompetenzen
stärken.

Präventiv
handeln.

Demokratie
fördern.





Inhalt

1. Informationen aus der LPR-Geschäftsstelle

1.1 Organisatorische Informationen

1.2 Informationen zu Aktivitäten und Projekten des LPR

1.2.1 Gewalt- und Suchtprävention bei Kindern und Jugendlichen

1.2.2 Häusliche Gewalt

1.2.3 Kommunale Prävention

1.2.4 Opferschutz

1.2.5 Radikalisierungsprävention, Demokratieförderung und Menschenrechte

2. Informationen des LPR-Vorstandes

3. Verschiedenes

1. Informationen aus der LPR-Geschäftsstelle

1.1 Organisatorische Informationen

Nicola Wimmers ist am 01.08.2024 als Referentin ins Referat PräVO-1 des Niedersächsischen Justizministeriums (MJ) zurückgekehrt und hat in dieser Rolle die Leitung der Fachstelle Opferschutz, die vakant war, übernommen.

1.2 Informationen zu Aktivitäten und Projekten des LPR

1.2.1 Gewalt-und Suchtprävention bei Kindern und Jugendlichen

1.2.1.1 Neues Informationsportal "Wegweiser Grüne Liste"

Aufbauend auf die „[Grüne Liste Prävention](#)“ des LPR Niedersachsen gibt es ein neues Informationsportal für effektive Präventionsmaßnahmen: Der „[Wegweiser Grüne Liste](#)“ wurde unter Federführung der Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention (DFK) in enger Kooperation mit dem LPR Niedersachsen und der Medizinischen Hochschule Hannover entwickelt. Der Wegweiser Grüne Liste bietet einen ergänzenden und niedrigschwelligen Zugang zu den Empfehlungen der Grünen Liste Prävention. Durch eine technische Verknüpfung werden die Programmeinträge der Grünen Liste auch im Wegweiser angezeigt. Dieser bietet nun erweiterte, praxisnahe Kriterien an, mit denen Nutzer*innen zielgenau wirksame Präventionsangebote finden können. Beispielsweise führt der „Programm-O-Mat“ die Suchenden mit den neuen, erweiterten Suchkriterien in wenigen Schritten zu einem passgenauen Programm. Darüber hinaus weist der Wegweiser zu einer guten Bedarfsermittlung, Implementierung und weiteren Angeboten in diesem Themenfeld.

1.2.1.2 Neuer Artikel zur Grünen Liste Prävention: Analyse der gelisteten wirksamkeitsüberprüften Programme

In dem neu erschienenen Artikel „Evidenzregister Grüne Liste Prävention – Analyse der gelisteten wirksamkeitsgeprüften Programme“ wurden die Eigenschaften der verfügbaren und evaluierten Programme zur psychosozialen Gesundheit von Kindern und Jugendlichen analysiert, sowie Schwerpunkte und unterrepräsentierte Themenbereiche in der Grünen Liste identifiziert. Der Artikel ist als „Open Access“ publiziert und hier zu finden:

<https://www.thieme-connect.de/products/ejournals/pdf/10.1055/a-2308-7256.pdf>

1.2.2 Häusliche Gewalt

1.2.2.1 Niedersächsischer Aktionsplan gegen Häusliche Gewalt und zur Umsetzung der Istanbul-Konvention

Die Niedersächsische Landesregierung hat den Niedersächsischen Aktionsplan gegen Häusliche Gewalt und zur Umsetzung der Istanbul-Konvention beschlossen. Dieser Plan, veröffentlicht im Juni 2024, zielt darauf ab, Betroffene zu unterstützen und geschlechtsbezogene Gewalt zu bekämpfen. Er ist die vierte Aktualisierung seit dem ersten Aktionsplan von 2001. Die Istanbul-Konvention definiert häusliche Gewalt umfassend, einschließlich physischer, psychischer, sexueller und wirtschaftlicher Gewalt. Der Aktionsplan fördert die Vernetzung verschiedener Akteure wie Polizei, soziale Dienste und Bildungseinrichtungen, um frühzeitige Interventionen zu ermöglichen. Zudem werden Maßnahmen zur Sensibilisierung der Gesellschaft ergriffen, um Stereotype abzubauen und das Bewusstsein für geschlechtsbezogene Gewalt zu schärfen. Regelmäßige Evaluierungen stellen sicher, dass die Maßnahmen effektiv sind und den Bedürfnissen der Betroffenen gerecht werden.

1.2.3 Kommunale Prävention

1.2.3.1 Fördermittel zur Prävention von Beleidigungen, Drohungen, Hass und Gewalt gegen kommunale Amts- und Mandatsträger*innen

Dem Landespräventionsrat Niedersachsen stehen für die Haushaltsjahre 2025– 2026 Mittel zur Förderung von Maßnahmen und Projekten zur Prävention von Beleidigungen, Drohungen, Hass und Gewalt gegen kommunale Amts- und Mandatsträger*innen zur Verfügung. Insbesondere sollen Pilotprojekte und Modelle zur Implementierung und Fortentwicklung von Maßnahmen der öffentlichkeitswirksamen Sensibilisierung für das Thema, Anerkennung und Wertschätzung des kommunalpolitischen Engagements, Fortbildungen zur Stärkung der Resilienz von kommunalen Amts- und Mandatsträger*innen im Umgang mit Bedrohungen; kommunalen Netzwerkbildung gegen Gewalt und für Toleranz, Förderung von Zivilcourage und politischer Bildung, demokratischer Normen- und Wertevermittlung für einen respektvollen Umgang und für eine Übernahme demokratischer Einstellungen sowie des Deeskalationsmanagements gefördert werden. Mittel können für Personal- und Sachausgaben von Projekten beantragt werden. Für den Förderzeitraum 2025 / 2026 können Anträge bis zum 15. Oktober 2024 beim Landespräventionsrat Niedersachsen eingereicht werden. Die Richtlinie, das Informationsblatt und das Antragsformular finden Sie auf unserer [Webseite](#).

1.2.4 Opferschutz

1.2.4.1 AG Ressorts der Fachstelle Opferschutz

Die AG Ressorts zum Thema Opferschutz unter Leitung der Fachstelle Opferschutz hat ihre Arbeit wiederaufgenommen. Die AG spielt eine entscheidende Rolle bei der Förderung der Kooperation zwischen Ministerien und Institutionen, um den Opferschutz in Niedersachsen kontinuierlich zu optimieren.

Die AG wird sich intensiv mit aktuellen Entwicklungen auseinandersetzen und bei Bedarf Handlungsempfehlungen erarbeiten, um Opfern von Gewalt und Straftaten zu helfen. Ziel ist es, bestehende Strukturen zu verbessern und neue Ansätze in den Bereichen Prävention, Unterstützung und Sensibilisierung zu entwickeln. Ein wichtiger Aspekt der AG ist der Austausch zwischen den Ressorts, um Synergien zu nutzen und effektive Maßnahmen zu entwickeln. Regelmäßige Sitzungen dienen der Diskussion aktueller Themen, der Evaluierung bestehender Initiativen und der Planung neuer Projekte.

1.2.5 Radikalisierungsprävention, Demokratieförderung und Menschenrechte

1.2.5.1 Empfehlungen für eine gelingende Radikalisierungsprävention

Das neue Handbuch für Fachkräfte der Radikalisierungsprävention und Demokratieförderung ist da. Es enthält konkrete Empfehlungen für wissenschaftlich nachgewiesene Methoden, um Radikalisierungsprozessen in den Extremismus entgegenzuwirken und demokratiestärkende Kompetenzen zu vermitteln. Es ist für Fachkräfte geeignet, die in ihrer Arbeit mit Kindern, Jugendlichen



und jungen Erwachsenen langfristig positive Veränderungen erreichen möchten. Das Handbuch stützt sich auf Erkenntnisse der entwicklungsorientierten Prävention. Es widmet sich Ansätzen, die problematische Entwicklungen im Bereich von Vorurteilen, Dissozialität, Identität und demokratischen Werten verhindern können. Die Autoren haben dazu Präventionsleitlinien verfasst und Präventionsmaßnahmen zusammengetragen und bewertet. Die Bandbreite reicht von sozialen Trainingsprogrammen, Empowerment-Ansätzen, Medienkompetenztrainings über Servicelearning, Demokratiepädagogik bis hin zu Freizeitaktivitäten. Die Maßnahmen werden im Handbuch beschrieben und Ziele, Zielgruppen und Rahmenbedingungen benannt, die bei der Anwendung zu beachten sind. Link: [Praxishandbuch_Demokratiefoerderung_Radikalisierungspraevention.pdf \(niedersachsen.de\)](https://www.niedersachsen.de/Praxishandbuch_Demokratiefoerderung_Radikalisierungspraevention.pdf)

Ansprechperson:

Thomas Müller, Kost. Landesprogramm für Demokratie und Menschenrechte Mail: Thomas.mueller@mj.niedersachsen.de

1.2.5.2 Wissenspool zum Thema Antisemitismus ist online

Auf dem Niedersächsischen Bildungsportal steht den Schulen in Niedersachsen ein neues Informationsangebot zum Thema Antisemitismus bereit. Es bietet pädagogischen Fachkräften und der interessierten Öffentlichkeit einen Überblick über Definitionen, Entwicklungen und Erscheinungsformen von Antisemitismus und informiert über geschichtliche und politische Hintergründe. Man findet dort leicht zugänglich Kontaktadressen für Fortbildungs- und Beratungsangebote, Meldestellen und Präventionsmaßnahmen. Außerdem gibt es Hinweise auf Veranstaltungen, Praxisprojekte und Orte der Erinnerungskultur. Das Angebot wird laufend aktualisiert und erweitert. Link: [Antisemitismus: Portal Demokratiebildung \(bildungsportal-niedersachsen.de\)](https://www.bildungsportal-niedersachsen.de/Antisemitismus:_Portal_Demokratiebildung)



Hintergrund Bildungsportal. Das Bildungsportal Niedersachsen ist ein Serviceportal des Niedersächsischen Kultusministeriums, der Regionalen Landesämter für Schule und Bildung sowie des Niedersächsischen Landesinstituts für schulische Qualitätsentwicklung und richtet sich an Lehrkräfte, aber auch Schulleitungen, pädagogische Fachkräfte sowie Schüler*innen und Erziehungsberechtigte.

1.2.5.4 Präventionsarbeit wirkungsvoll gestalten- neue Fortbildungstermine

Aufgrund hoher Nachfrage bietet die Koordinierungsstelle des Landesprogramms Demokratie und Menschenrechte gemeinsam mit der Gesellschaft für sozialwissenschaftliche Analyse – Beratung – Evaluation „ProVal“ zum dritten Mal die Fortbildungsreihe „Wirkungen im Zentrum der Projektarbeit“ an. Zielgruppe sind Fachkräfte, die eine Präventionsmaßnahme zur Stärkung von Demokratie und Menschenrechten planen und nachhaltige Veränderungen erreichen wollen. ProVal unterstützt die Teilnehmenden bei der Entwicklung eines förderfähigen, auf Wirksamkeit ausgerichteten Projektantrags. Im Rahmen der Fortbildung wird die Grundlage für ein mit großer Wahrscheinlichkeit wirksames Projekt gelegt. Die Termine für die Fortbildungsreihe im Jahr 2025 stehen schon fest. Teil 1: 25.02.2025 und 26.02.2025; Teil 2: 25.03.2025 und 26.03.2025.

Es werden 10 Plätze vergeben.

Kontakt für Interessierte: kostlp@mj.niedersachsen.de

2. Informationen des LPR- Vorstandes

2.1 Aufnahme neuer Mitglieder

In der Vorstandssitzung vom 19.09.2024 wurde gem. § 2 Abs. der LPR-Geschäftsordnung beschlossen, den Präventionsrat Haselünne als kommunales Mitglied des Landespräventionsrates Niedersachsen aufzunehmen.

3. Verschiedenes

3.1 Fachtagung-Cannabisprävention in Schulen: Information, Vermittlung und Vernetzung am 07.11.2024 in Berlin

Mit der kontrollierten Abgabe von Cannabis an Erwachsene zu Genusszwecken ist Deutschland sucht- und drogenpolitisch einen großen Schritt gegangen. Seit dem 1. April 2024 ist es für Personen ab 18 Jahren möglich, unter bestimmten Voraussetzungen Cannabis zu besitzen und zu konsumieren. Für Kinder und Jugendliche bleibt Cannabis allerdings weiterhin verboten. Was bedeutet das für die schulische Suchtprävention? Welche wissenschaftlichen Erkenntnisse zur Wirksamkeit verschiedener Präventionsansätze gibt es und welche Chancen sowie Herausforderungen ergeben sich daraus? Und welche Präventionsangebote existieren bereits?

Die Fachtagung thematisiert schulische Cannabisprävention im Kontext des nationalen Gesundheitsziels „Gesund aufwachsen“ und des Präventionsgesetzes. Gemeinsam mit Expert*innen aus den Bereichen Wissenschaft, Politik, Verwaltung und Praxis wird die aktuelle Situation reflektiert und die Jugendlichen als besonders vulnerable Zielgruppe in den Blick ge-

nommen. Infos zum Veranstaltungsprogramm und zur Anmeldung hier: <https://veranstaltungen-ddb.de/event.php?vnr=33-10a>

3.2 Weitblick Symposium "Bildung und Gesundheit"- Hand in Hand für eine starke Zukunft am 19.11.2024 in Berlin

Die FINDER-Akademie lädt in Kooperation mit dem LPR Niedersachsen zum dem Weitblick – Symposium in Berlin ein. Das Programm „[Weitblick](#)“ ist die vom Verband der Privaten Krankenversicherungen geförderte Variante von „[Schools That Care](#)“. Gemeinsam mit Expert*innen aus Gesundheitswissenschaften, Pädagogik, Schulentwicklung sowie öffentlicher Gesundheit soll der wichtige Zusammenhang zwischen Gesundheitsförderung und Bildungserfolg in Schulen beleuchtet werden. Mit einem Fokus auf evidenzbasierte Präventionsmaßnahmen und gesundheitsfördernde Initiativen erhalten Sie Einblicke in aktuelle Forschungen und erfolgreiche Praxisbeispiele. Diskutieren Sie mit, wie Schulen zu Orten werden können, an denen neben Wissen auch Gesundheit und Wohlbefinden gefördert werden. Sie erwartet ein vielfältiges Programm aus Keynote-Vorträgen, Workshops und Panel-Diskussionen.

Weitere Informationen und die Anmeldung finden Sie hier: <https://weitblick.schule/veranstaltung/symposium/>

3.3 Bundeslagebilder Häusliche Gewalt

Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend hat am 06. Juni 2024 das Bundeslagebild Häusliche Gewalt 2023 ([BKA - Bundeslagebilder Häusliche Gewalt - Bundeslagebild Häusliche Gewalt 2023](#)) veröffentlicht. Die aktuellen Zahlen zeigen eine besorgniserregende Zunahme von Fällen häuslicher Gewalt in Deutschland, was die Notwendigkeit verstärkter Maßnahmen zur Bekämpfung dieser Form der Gewalt unterstreicht. Laut dem Bericht wurden im Jahr 2023 insgesamt 256.276 Menschen Opfer häuslicher Gewalt

registriert. Besonders alarmierend ist, dass 70 Prozent der Betroffenen Frauen sind, was einen Anstieg von 6,5 Prozent im Vergleich zum Vorjahr bedeutet. Diese Zahlen verdeutlichen, dass häusliche Gewalt eine tief verwurzelte gesellschaftliche Problematik darstellt, die nicht nur die Betroffenen, sondern auch die gesamte Gesellschaft betrifft. Das Lagebild Häusliche Gewalt ist eine Fortschreibung und Ergänzung der früheren Kriminalstatistischen Auswertung Partnerschaftsgewalt, die seit 2015 jährlich durch das Bundeskriminalamt veröffentlicht wurde. Neben der Partnerschaftsgewalt werden im Lagebild Häusliche Gewalt auch die Delikte der sogenannten innerfamiliären Gewalt von und gegen Eltern, Kinder, Geschwister und sonstige Angehörige betrachtet.

3.4 Landeskonferenz Mobile Beratung am 26.10.2024 "Status Quo der extremen Rechten: Rückblick, Ausblick und zivilgesellschaftliche Handlungsstrategien"

Zum Ende der Förderperiode des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ will die Mobile Beratung Engagierten und Interessierten aus ganz Niedersachsen auf die letzten fünf Jahre zurückblicken und einen Ausblick für die nächsten Jahre wagen. Wie ist der Status Quo der extremen Rechten? Wie hat sich das politische Klima in den letzten Jahren verändert? Was sind neue Erscheinungsformen und Strategien der extremen Rechten? Wie hat sich die engagierte Zivilgesellschaft entwickelt und welche Handlungsmöglichkeiten haben sich bewährt? Wie kann demokratische Kultur in Stadt und Land gestärkt werden? Wie sieht Bündnisarbeit in Niedersachsen 2024 aus? Diese und weitere Fragen sollen gemeinsam mit spannenden Referent*innen besprochen werden. Das vollständige Programm und die Anmeldeinformationen finden Sie auf der Homepage unter <https://mbt-niedersachsen.de/2024/08/23/landeskonferenz-der-mobilen-beratung-26-10-hannover/>



3.5 Mitmachaktion des Hilfetelefons "Gewalt gegen Frauen am 14. November 2024

Das Hilfetelefon „Gewalt gegen Frauen“ ruft zur Mitmachaktion „Wir brechen das Schweigen“ auf. Schirmherrin ist Bundesfrauenministerin Lisa Paus. Die Aktion startet am **14. November 2024** und erreicht den Höhepunkt am 25. November 2024, dem Internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen.

Nähere Informationen unter [Schweigen brechen: Hilfetelefon](#)

Redaktion:

Katrin Baum
LPR Niedersachsen
Tel.: 05 11/1 20-8704

katrin.baum@mj.niedersachsen.de

HAFTUNGSHINWEIS: Trotz sorgfältiger inhaltlicher Kontrolle übernehmen wir keine Haftung für die Inhalte externer Links. Für den Inhalt der verlinkten Seiten sind ausschließlich deren Betreiber verantwortlich.